

142 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

Ausgedruckt am 12. 4. 1995

Regierungsvorlage

VERTRAG

zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung

Artikel I

(Zu Artikel 1 des Übereinkommens)

(1) Rechtshilfe wird auch für Verfahren wegen strafbarer Handlungen geleistet, deren Bestrafung in dem Zeitpunkt, in dem um Rechtshilfe ersucht wird, in einem der beiden Vertragsstaaten in die Zuständigkeit eines Gerichtes und im anderen Vertragsstaat in die Zuständigkeit einer Verwaltungsbehörde fällt.

(2) Für die Rechtshilfe durch Zustellung von Schriftstücken ist es nicht erforderlich, daß im ersuchten Staat eine Justiz- oder Verwaltungsbehörde zur Verfolgung zuständig ist.

(3) Die auf Grund des Absatzes 1 erbetene Rechtshilfe kann abgelehnt werden, wenn die Tat keine oder nur unbedeutende Folgen nach sich gezogen hat und der mit der Leistung der Rechtshilfe verbundene Aufwand nicht gerechtfertigt wäre.

Artikel II

(Zu Artikel 1 des Übereinkommens)

Das Übereinkommen und dieser Vertrag werden auch angewendet

- a) in Angelegenheiten der Wiederaufnahme des Verfahrens;
- b) in Gnadensachen;
- c) in Verfahren über Ansprüche auf Entschädigung für ungerechtfertigte Haft, andere durch ein Strafverfahren entstandene Nachteile oder für ungerechtfertigte Verurteilung, soweit nicht Bestimmungen anderer zwischenstaatlicher Vereinbarungen anzuwenden sind.

Artikel III

(Zu Artikel 2 des Übereinkommens)

(1) Rechtshilfe wird im Rahmen von Artikel I auch in Steuer-, Abgaben-, Zoll-, Monopol- und Devisenstrafsachen und in Strafsachen wegen der Verletzung von Vorschriften über die Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel geleistet. Die Rechtshilfe darf nicht ausschließlich mit der Begründung abgelehnt werden, daß das Recht des ersuchten Staates nicht Steuer-, Abgaben-, Zoll-, Monopol- und Devisenvorschriften oder Vorschriften über die Warenbewirtschaftung oder den Außenhandel der gleichen Art wie das Recht des ersuchenden Staates enthält.

(2) Die nach den Vorschriften der Vertragsstaaten bestehenden Geheimhaltungspflichten in fiskalischen Angelegenheiten stehen der nach diesem Artikel zu leistenden Rechtshilfe nicht entgegen. Umstände oder Tatsachen, die den Justiz- oder Verwaltungsbehörden eines Vertragsstaates im Zusammenhang mit einem Rechtshilfeersuchen bekannt werden, unterliegen der nach den Vorschriften dieses Vertragsstaates in fiskalischen Angelegenheiten bestehenden Geheimhaltungspflicht.

Artikel IV

(Zu Artikel 3 des Übereinkommens)

(1) Gegenstände oder andere Vermögenswerte, die aus einer mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlung herrühren oder durch diese erlangt worden sind, werden zum Zwecke der Aushändigung an den Geschädigten oder zu einer anderen gerichtlichen Verfügung im ersuchenden Staat übermittelt, sofern dies nach dem Recht des ersuchenden Staates zulässig ist und nicht

- a) die Gegenstände im ersuchten Staat als Beweisstücke für ein bei einem Gericht oder einer Verwaltungsbehörde anhängiges Verfahren benötigt werden,
- b) die Gegenstände im ersuchten Staat der Einziehung oder dem Verfall unterliegen oder
- c) Dritte Rechte an ihnen geltend machen.

(2) Für ein Ersuchen nach Absatz 1 ist eine richterliche Anordnung der Sicherstellung nicht erforderlich.

(3) Ein Zollpfandrecht oder eine sonstige dingliche Haftung nach den Vorschriften des Zoll- oder Steuerrechtes wird der ersuchte Staat bei der Übermittlung von Gegenständen unter Verzicht auf deren Rückgabe nicht geltend machen, es sei denn, daß der durch die strafbare Handlung geschädigte Eigentümer der Gegenstände die Abgabe selbst schuldet.

Artikel V

(Zu Artikel 4 des Übereinkommens)

(1) Den Vertretern der am Strafverfahren beteiligten Behörden sowie den sonstigen Beteiligten und ihren Rechtsbeiständen wird auf Ersuchen des ersuchenden Staates die Anwesenheit bei der Vornahme der Rechtshilfehandlungen im ersuchten Staat gestattet. Sie können ergänzende Fragen oder die Durchführung ergänzender Handlungen anregen. Artikel 12 des Übereinkommens findet Anwendung.

(2) Zur Dienstverrichtung der Behördenvertreter des anderen Vertragsstaates gemäß Absatz 1 bedarf es in Österreich der Zustimmung des Bundesministers für Justiz, in der Tschechischen Republik, wenn im ersuchenden Staat Anklage erhoben worden ist, der Zustimmung des Justizministers, sonst der Zustimmung des Obersten Staatsanwaltes.

Artikel VI

(Zu Artikel 5 des Übereinkommens)

Rechtshilfe durch Sicherstellung von Gegenständen oder Durchsichtung wird nur geleistet, wenn zur Verfolgung der dem Ersuchen zugrunde liegenden strafbaren Handlung in dem Zeitpunkt, in dem um Rechtshilfe ersucht wird, im ersuchten Staat eine Justizbehörde zuständig wäre.

Artikel VII

(Zu Artikel 6 des Übereinkommens)

Der ersuchte Staat kann auf die Rückgabe der in Artikel 3 Absatz 1 des Übereinkommens erwähnten Beweisstücke oder Schriftstücke verzichten, es sei denn, daß Dritte, die Rechte an ihnen geltend machen, dem Verzicht nicht zustimmen.

Artikel VIII

(Zu Artikel 10 des Übereinkommens)

Artikel 10 Absatz 2 des Übereinkommens findet auf alle Fälle der Vorladung eines Zeugen oder Sachverständigen Anwendung. Diese Personen können selbst einen Vorschuß nach Artikel 10 Absatz 3 des Übereinkommens verlangen.

Artikel IX

(Zu Artikel 11 und 12 des Übereinkommens)

(1) Gestattet der ersuchte Staat die Anwesenheit einer im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates in Haft befindlichen Person bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens, so hat er sie für die Dauer ihres Aufenthalts in seinem Hoheitsgebiet in Haft zu halten und sie nach Vornahme der Rechtshilfehandlung dem ersuchenden Staat unverzüglich wieder zu überstellen, sofern nicht dieser die Freilassung verlangt.

142 der Beilagen

3

(2) Gestattet ein dritter Staat die Anwesenheit einer im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates in Haft befindlichen Person bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens, so gelten für die Beförderung dieses Häftlings durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates die Absätze 2 und 3 des Artikels 11 des Übereinkommens.

(3) Die Bestimmungen des Artikels 12 des Übereinkommens sind auf die in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Fälle anzuwenden.

Artikel X

(Zu Artikel 13 des Übereinkommens)

(1) Der ersuchte Staat übermittelt von den Polizeibehörden des anderen Vertragsstaates für Zwecke der Strafrechtspflege erbetene Auskünfte aus dem Strafregister in dem Umfang, in dem seine Polizeibehörden sie in ähnlichen Fällen erhalten könnten.

(2) Aus anderen Gründen als für Zwecke der Strafrechtspflege werden auf Ersuchen der Behörden des einen Vertragsstaates Auskünfte aus dem Strafregister des anderen Vertragsstaates in dem Umfang erteilt, in dem seine Behörden sie in ähnlichen Fällen erhalten könnten.

Artikel XI

(Zu Artikel 14 des Übereinkommens)

(1) In Zustellersuchen wird bei den Angaben über den Gegenstand und den Grund des Ersuchens auch die Art des zuzustellenden Schriftstückes sowie die Stellung des Empfängers im Verfahren bezeichnet.

(2) Einem Ersuchen um Durchsuchung oder Sicherstellung von Beweisstücken oder Schriftstücken wird eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift der richterlichen Anordnung beigelegt. Kann einem Ersuchen um Sicherstellung von Gegenständen oder Durchsuchung keine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift der richterlichen Anordnung beigelegt werden, so genügt die Erklärung der zuständigen Justizbehörde, daß die für diese Maßnahme erforderlichen Voraussetzungen nach dem im ersuchenden Staat geltenden Recht vorliegen.

Artikel XII

(Zu Artikel 15 des Übereinkommens)

(1) Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, können die Justizbehörden der beiden Vertragsstaaten in Angelegenheiten der Rechtshilfe in Strafsachen unmittelbar miteinander verkehren. Ersuchen nach dem Übereinkommen und diesem Vertrag können auch einerseits durch den Bundesminister für Justiz der Republik Österreich und andererseits, wenn im ersuchenden Staat bereits Anklage erhoben worden ist, durch den Justizminister der Tschechischen Republik, sonst durch den Obersten Staatsanwalt der Tschechischen Republik übermittelt werden.

(2) Ersuchen um Vornahme einer Durchsuchung oder Sicherstellung, um Übermittlung von Gegenständen, um Überstellung oder Durchbeförderung von Häftlingen werden durch den Bundesminister für Justiz der Republik Österreich und durch den Obersten Staatsanwalt der Tschechischen Republik oder den Justizminister der Tschechischen Republik übermittelt. In dringenden Fällen ist der unmittelbare Verkehr zwischen den Justizbehörden zulässig, jedoch wird überdies eine Abschrift des Ersuchens auf dem in Satz 1 vorgesehenen Weg übermittelt.

(3) Zuzustellende Schriftstücke können auch unmittelbar durch die Post nach den für den Postverkehr geltenden Vorschriften übermittelt werden. Im Postweg übermittelte Schriftstücke, deren Zustellung nach dem Übereinkommen und diesem Vertrag nicht zulässig wäre, gelten in beiden Vertragsstaaten als dem Empfänger nicht zugekommen.

(4) Die im Artikel X dieses Vertrages erwähnten Ersuchen werden durch den Bundesminister für Inneres der Republik Österreich einerseits und durch den Obersten Staatsanwalt der Tschechischen Republik andererseits übermittelt und auf demselben Weg beantwortet. Bei Gefahr in Verzug ist der unmittelbare Verkehr zwischen den Polizeibehörden und den zuständigen Strafregisterbehörden zulässig.

Artikel XIII

(Zu Artikel 16 des Übereinkommens)

(1) Übersetzungen von Ersuchen, die nach diesem Vertrag gestellt werden, sowie von beigefügten Unterlagen werden, soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, nicht angeschlossen.

(2) Den zuzustellenden Schriftstücken ist eine Übersetzung in die Sprache des ersuchten Staates anzuschließen, die von einem amtlich bestellten Dolmetscher mit Sitz in einem der Vertragsstaaten angefertigt und beglaubigt ist. Eine Beglaubigung der Unterschrift des Dolmetschers ist nicht erforderlich.

(3) Ist das zuzustellende Schriftstück nicht mit einer Übersetzung in die Sprache des ersuchten Staates versehen, so hat sich das ersuchte Gericht darauf zu beschränken, die Zustellung durch Übergabe des Schriftstückes an den im Ersuchen bezeichneten Empfänger zu bewirken, wenn dieser zur Annahme bereit ist.

(4) Schriftstücke, die nach Artikel XII Absatz 3 dieses Vertrages unmittelbar im Postweg zugestellt werden, ist in jedem Fall eine Übersetzung in die Sprache des ersuchten Staates anzuschließen. Ist das zuzustellende Schriftstück nicht mit einer Übersetzung in die Sprache des ersuchten Staates versehen, so gilt die Zustellung in beiden Vertragsstaaten als nicht bewirkt. Bei der Zustellung von Schriftstücken im Postweg an eigene Staatsangehörige kann auf Übersetzungen verzichtet werden.

Artikel XIV

(Zu Artikel 20 des Übereinkommens)

Die durch die Übermittlung von Gegenständen oder anderen Vermögenswerten gemäß Artikel IV und durch die Überstellung oder Durchbeförderung von Häftlingen gemäß Artikel IX entstandenen Kosten werden vom ersuchenden Staat erstattet.

Artikel XV

(Zu Artikel 21 des Übereinkommens)

(1) Auf Grund einer nach Artikel 21 des Übereinkommens übermittelten Anzeige zur Strafverfolgung werden die zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaates nach Maßgabe der Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates ein Strafverfahren in derselben Weise einleiten wie bei einer im eigenen Staatsgebiet begangenen strafbaren Handlung. Der ersuchte Staat wird wegen Handlungen gegen fremdes Vermögen, die nach dem Recht des ersuchenden Staates gerichtlich strafbar sind, auch dann ein Verfahren durchführen, wenn nach seinem Recht die Verwaltungsbehörden zuständig sind.

(2) Die zuständigen Behörden des Tatortstaates werden im Einzelfall prüfen, ob eine Anzeige nach Artikel 21 des Übereinkommens im Interesse der Wahrheitsfindung, aus anderen für das Strafverfahren wichtigen Gründen, aus Gründen der Strafzumessung oder des Strafvollzuges oder im Interesse der Resozialisierung des Beschuldigten geboten ist.

(3) Der Beurteilung von Verkehrsstraftaten sind im ersuchten Staat die am Tatort geltenden Verkehrsregeln zugrunde zu legen.

(4) Ein zur Einleitung des Strafverfahrens notwendiger Antrag oder eine solche Ermächtigung, die in dem ersuchenden Staat vorliegt, ist auch im ersuchten Staat wirksam. Sind nur nach dem Recht des ersuchten Staates Anträge oder Ermächtigungen erforderlich, können sie innerhalb einer von diesem zu bestimmenden, angemessenen Frist nachgeholt werden.

(5) Die Anzeige hat eine kurze Darstellung des Sachverhalts sowie möglichst genaue Angaben über die beschuldigte Person, ihre Staatsangehörigkeit und ihren Wohn- oder Aufenthaltsort zu enthalten. Ihr werden beigefügt:

- a) die Akten in Urschrift oder beglaubigter Abschrift (Kopie) sowie in Betracht kommende Beweisgegenstände;
- b) eine Abschrift der Bestimmungen über den Tatbestand und die Strafe, die nach dem am Tatort geltenden Recht auf die Tat anwendbar sind, sowie bei Verkehrsstraftaten außerdem eine Abschrift der für die Beurteilung maßgebenden Verkehrsregeln;
- c) Erklärungen des Geschädigten, die zur Einleitung des Strafverfahrens erforderlich sind.

142 der Beilagen

5

(6) Die Gegenstände und die urschriftlichen Unterlagen werden dem ersuchenden Staat so bald wie möglich zurückgegeben, soweit er auf die Rückgabe nicht verzichtet. Etwa bestehende Rechte des ersuchten Staates oder dritter Personen an den übermittelten Gegenständen bleiben unberührt.

Artikel XVI

(Zu Artikel 21 des Übereinkommens)

Die Justizbehörden des ersuchenden Staates sehen von weiteren Verfolgungs- oder Vollstreckungsmaßnahmen wegen der angezeigten Tat gegen die beschuldigte Person endgültig ab,

- a) wenn die im ersuchten Staat verhängte Strafe vollstreckt, erlassen oder verjährt ist;
- b) solange der Strafvollzug ganz oder teilweise ausgesetzt oder die Entscheidung über die Bestrafung aufgeschoben ist;
- c) wenn aus Beweisgründen ein rechtskräftiger Freispruch oder eine endgültige Einstellung erfolgt ist.

Artikel XVII

(Zu Artikel 24 des Übereinkommens)

Im Sinne dieses Übereinkommens gelten als Justizbehörden:

- a) für die Republik Österreich: die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und das Bundesministerium für Justiz;
- b) für die Tschechische Republik: die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und das Justizministerium.

Artikel XVIII

(Zu Artikel 29 des Übereinkommens)

Kündigt einer der Vertragsstaaten das Übereinkommen, so wird die Kündigung im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik zwei Jahre nach Eingang der Notifikation der Kündigung beim Generalsekretär des Europarates wirksam.

Artikel XIX

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden in Prag ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden.

(3) Der Vertrag bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, sofern nicht einer der Vertragsstaaten den Vertrag schriftlich auf diplomatischem Weg kündigt; in diesem Fall tritt der Vertrag ein Jahr nach der Kündigung, spätestens aber zu dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Vertragsstaaten des vorliegenden Vertrages außer Kraft tritt.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Wien, am 27. Juni 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Nikolaus Michalek

Für die Tschechische Republik:

Jiří Novák

SMLOUVA**mezi Rakouskou republikou a Českou republikou o dodatku k Evropské úmluvě o právní pomoci ve věcech trestních z 20. dubna 1959 a o usnadnění jejího uplatnění****Článek I**

(K článku 1 Úmluvy)

(1) Právní pomoc se poskytuje také pro řízení vedená z důvodů spáchání trestného činu, jehož potrestání v době, kdy se o právní pomoc žádá, náleží v jednom smluvním státě do pravomoci soudu a v druhém smluvním státě do pravomoci správního orgánu.

(2) Je-li předmětem právní pomoci doručení písemností, pak není zapotřebí, aby v dožádaném státě náleželo stíhání do pravomoci justičního nebo správního orgánu.

(3) Právní pomoc vyžádaná na základě odstavce 1 může být odmítnuta, jestliže čin neměl žádné nebo pouze nevýznamné následky a náklady spojené s poskytnutím právní pomoci by nebyly odstatněné.

Článek II

(K článku 1 Úmluvy)

Úmluva a tato smlouva se také užijí

- a) ve věcech obnovy řízení
- b) ve věcech milosti
- c) v řízeních týkajících se nároků na odškodnění za neoprávněnou vazbu, ostatních, v důsledku trestního řízení vzniklých nevýhod nebo za neoprávněné odsouzení, pokud se neuplatňují jiné mezistátní úmluvy.

Článek III

(K článku 2 Úmluvy)

(1) Právní pomoc se poskytuje v rámci článku I také u trestných činů daňového, celního, monopolního a devizového charakteru, či vztahujících se na odvody a dávky, a dále u trestných činů spočívajících v porušení předpisů nakládání se zbožím nebo předpisů zahraničního obchodu. Poskytnutí právní pomoci nesmí být odmítnuto pouze se zdůvodněním, že právo dožádaného státu neobsahuje stejné daňové, celní, monopolní a devizové předpisy, ani předpisy vztahující se na odvody a dávky, a stejně tak ani předpisy pro hospodářský styk či zahraniční obchod, jako právo dožadujícího státu.

(2) Povinnost utajení, která podle předpisů smluvních států existuje ve fiskálních záležitostech, nebrání podle tohoto článku právní pomoci, která má být poskytnuta. Okolnosti nebo skutečnosti, se kterými se justiční nebo správní orgány jednoho smluvního státu v souvislosti s žádostí o právní pomoc seznámí, podléhají povinnosti utajení, kterou stanoví předpisy tohoto smluvního státu ve fiskálních záležitostech.

Článek IV

(K článku 3 Úmluvy)

(1) Předměty nebo jiné majetkové hodnoty, které pochází z činu, za nějž hrozí soudem uložený trest, nebo byly prostřednictvím trestného činu získány, jsou předány za účelem vydání poškozenému nebo jiného rozhodnutí soudu v dožadujícím státě, pokud je toto podle práva dožadujícího státu přípustné a nenastane-li situace, že

- a) předměty jsou v dožádaném státě zapotřebí jako důkazy při řízení zahájeném před soudem nebo správním orgánem,
- b) předměty podléhají v dožádaném státě zabavení nebo propadnutí nebo
- c) na ně uplatňují právo třetí osoby.

(2) Pro žádost podle odstavce 1 není potřebné soudem nařídit zajištění.

(3) Dožádaný stát nebude při zajištění předmětů uplatňovat celní zástavní právo nebo jiné věcné ručení podle předpisů celního a daňového práva a zříká se tak navrácení těchto předmětů s tou výhradou, pokud by trestným činem poškozený vlastník předmětů tuto dávku dlužil sám.

142 der Beilagen

7

Článek V

(K článku 4 Úmluvy)

(1) Zástupcům orgánů činných v trestním řízení, ostatním zúčastněným a jejich právním poradcům se na žádost dožadujícího státu povolí, aby mohli být přítomni při provádění úkonů spojených s právní pomocí v dožádaném státě. Mohou navrhnout doplňující otázky nebo provedení doplňujících úkonů. Zde je uplatněn článek 12 Úmluvy.

(2) S výkonem služebních povinností zástupců orgánů druhého smluvního státu musí podle odstavce 1 v Rakouské republice vyslovit souhlas spolkový ministr spravedlnosti, v České republice pak, po podání obžaloby v dožadujícím státě, ministr spravedlnosti, jinak nejvyšší státní zástupce.

Článek VI

(K článku 5 Úmluvy)

Právní pomoc ve formě zajištění předmětů nebo prohlídky se poskytuje pouze v případech, jestliže by v dožádaném státě náleželo stíhání trestného činu vedoucího k podání žádosti v době, kdy se o právní pomoc žádá, do pravomoci justičního orgánu.

Článek VII

(K článku 6 Úmluvy)

Dožádaný stát se může vzdát navrácení důkazních předmětů nebo písemností, pokud třetí osoby uplatňující své právo k těmto věcem neprohlásí, že s tím nesouhlasí.

Článek VIII

(K článku 10 Úmluvy)

Článek 10 odstavec 2 Úmluvy se v každém případě použije při předvolání svědka nebo znalce. Tyto osoby mohou samy požadovat zálohu podle článku 10 odstavec 3 Úmluvy.

Článek IX

(K článkům 11 a 12 Úmluvy)

(1) Povolí-li dožádaný stát, aby osoba, která je ve vazbě na výsostném území dožadujícího státu, byla přítomna vyřizování žádosti o právní pomoc, pak ji musí po dobu jejího pobytu na svém výsostném území držet ve vazbě a po projednání úkonů spojených s poskytnutím právní pomoci ji neprodleně opět předat dožadujícímu státu, pokud tento nepožaduje propuštění na svobodu.

(2) Povolí-li třetí stát, aby osoba, která je ve vazbě na výsostném území některého smluvního státu, byla přítomna vyřizování žádosti o právní pomoc, pak platí pro průvoz této osoby přes výsostné území druhého smluvního státu také odstavce 2 a 3 článku 11 Úmluvy.

(3) Ustanovení článku 12 Úmluvy se užijí v případech uvedených v odstavcích 1 a 2.

Článek X

(K článku 13 Úmluvy)

(1) Dožádaný stát předává informace z trestního rejstříku vyžádané policejními orgány druhého smluvního státu pro účely trestního řízení v tom rozsahu, v jakém by je mohly obdržet jeho vlastní policejní orgány v podobných případech.

(2) Z jiných důvodů, než pro účely trestního řízení, se na žádost orgánů druhého smluvního státu poskytují informace z trestního rejstříku druhého smluvního státu v tom rozsahu, v jakém by je mohly získat jeho vlastní orgány v podobných případech.

Článek XI

(K článku 14 Úmluvy)

(1) V žádostech o doručení se v rámci údajů o předmětu a důvodu žádosti také specifikuje druh písemnosti, která má být doručena, a postavení příjemce v řízení.

(2) K žádosti o prohlídku nebo zajištění důkazních prostředků nebo písemností se přikládá vyhotovení nebo ověřený opis nařízení soudu. Nelze-li k žádosti o zajištění předmětů nebo prohlídku přiložit originál nebo ověřený opis soudního nařízení, pak stačí prohlášení příslušného justičního orgánu, že předpoklady potřebné pro toto opatření jsou dány právní úpravou platnou v dožadujícím státě.

Článek XII

(K článku 15 Úmluvy)

(1) Nestanoví-li tato smlouva jinak, mohou se justiční orgány obou smluvních států v záležitostech právní pomoci ve věcech trestních stýkat přímo. Žádosti lze podle Úmluvy a této smlouvy předávat prostřednictvím spolkového ministra spravedlnosti Rakouské republiky na straně jedné a ministra spravedlnosti České republiky, pokud již byla v dožadujícím státě podána obžaloba, jinak prostřednictvím nejvyššího státního zástupce České republiky na straně druhé.

(2) Žádosti o provedení prohlídky nebo zajištění, předání předmětů, o předání nebo průvoz vězňů jsou předávány prostřednictvím spolkového ministra spravedlnosti Rakouské republiky a prostřednictvím nejvyššího státního zástupce nebo ministra spravedlnosti České republiky. V naléhavých případech je přípustný bezprostřední kontakt mezi justičními orgány, avšak mimo to je třeba předat opis žádosti cestou předpokládanou ve větě 1.

(3) Zasláné písemnosti mohou být také doručovány bezprostředně poštou podle předpisů platných pro poštovní styk. Písemnosti zasláné poštou, jejichž zaslání není podle Úmluvy a této smlouvy přípustné, se považují v obou smluvních státech za příjemci nedoručené.

(4) Žádosti uvedené v článku X této smlouvy jsou předávány spolkovým ministrem vnitra Rakouské republiky na straně jedné a nejvyšším státním zástupcem České republiky na straně druhé a stejnou cestou se na ně j odpovídá. Při nebezpečí z prodlení je přípustný bezprostřední styk mezi policejními orgány a příslušnými orgány z oblasti rejstříku trestů.

Článek XIII

(K článku 16 Úmluvy)

(1) Překlady žádostí podávaných podle této smlouvy ani připojených podkladů se nepřipojují, nestanoví-li tato smlouva jinak.

(2) K písemnostem, které mají být doručeny, je třeba připojit překlad do jazyka dožádaného státu vyhotovený a ověřený úředně stanoveným tlumočnickem, který má sídlo v jednom ze smluvních států. Ověření podpisu tlumočnicka není nutné.

(3) Není-li písemnost, která má být doručena, opatřena překladem do jazyka dožádaného státu, omezí se dožádaný soud na to, že zařídí doručení předáním písemnosti příjemci označenému v žádosti, je-li ji ochoten přijmout.

(4) K písemnostem, které jsou zaslány podle článku XII odstavec 3 této smlouvy bezprostředně poštou, musí být vždy připojen překlad do jazyka dožádaného státu. Pokud není doručovaná písemnost opatřena překladem do jazyka dožádaného státu, pak platí doručení v obou smluvních státech za neuskutečněné. Při doručování písemností poštou vlastním státním příslušníkům nemusí být překlad přiložen.

Článek XIV

(K článku 20 Úmluvy)

Náklady vzniklé předáním předmětů a dalších majetkových hodnot podle článku IV a dále vzniklé předáním a průvozem vězňů podle článku IX hradí dožadující stát.

Článek XV

(K článku 21 Úmluvy)

(1) Na základě předaného trestního oznámení podle článku 21 Úmluvy zahájí příslušné orgány druhého smluvního státu podle právních předpisů tohoto státu trestní řízení stejným způsobem jako u trestného činu spáchaného na území svého státu. Dožádaný stát provede řízení o činech proti cizímu majetku, které jsou podle práva dožadujícího státu soudně trestné, i tehdy, když podle jeho práva jsou pro řízení příslušné správní orgány.

(2) Příslušné orgány státu místa činu přezkoumají v jednotlivém případě, zda podání trestního oznámení podle článku 21 Úmluvy je žádoucí v zájmu zjištění pravdy, z jiných důvodů důležitých pro trestní řízení, z důvodů týkajících se uložení trestu nebo výkonu trestu nebo zájmu resocializace obviněného.

(3) Pro posouzení soudně trestných činů spáchaných v dopravě se v dožádaném státě vychází z dopravních předpisů platných na místě činu.

142 der Beilagen

9

(4) Návrh nutný pro zahájení trestního řízení nebo obdobné zmocnění, které bylo dáno v dožadujícím státě, jsou účinné i v dožádaném státě. Jsou-li pouze podle práva dožádaného státu nutné žádosti či zmocnění, pak je možno je dodat dodatečně během přiměřené lhůty, kterou dožádaný stát stanoví.

(5) Žádost musí obsahovat krátké vylíčení skutkového stavu, jakož i pokud možno co nejpřesnější údaje o obviněné osobě, jejím státním občanství a místu jejího bydliště nebo pobytu. K žádosti se připojí:

- a) originál nebo ověřený opis (kopie) spisů, jakož i věcné důkazy, které přicházejí v úvahu;
- b) opis ustanovení o skutkové podstatě a trestu, která se použijí na čin podle práva platného v místě činu, a u činů soudně trestných spáchaných v dopravě kromě toho dopravní předpisy rozhodné pro jejich posouzení;
- c) prohlášení poškozeného, jež jsou nutná k zahájení trestního řízení.

(6) Důkazní předměty a originální podklady jsou vráceny dožadujícímu státu co možná nejdříve, pokud se dožadující stát navrácení nezrekne. Existující práva dožádaného státu nebo třetích osob k předaným předmětům zůstávají nedotčena.

Článek XVI

(K článku 21 Úmluvy)

Justiční orgány dožadujícího státu upustí s konečnou platností od dalších opatření týkajících se stíhání nebo výkonu trestu pro čin, pro který byla podána žádost o převzetí trestního stíhání obviněné osoby:

- a) jestliže trest vyneseny v dožádaném státě byl vykonán, prominut nebo je promlčen;
- b) pokud byl výkon trestu zcela nebo zčásti odložen nebo bylo odročeno rozhodnutí o potrestání;
- c) jestliže z důkazních důvodů byla obviněna osoba pravomocně zproštěna obžaloby nebo řízení proti ní bylo s konečnou platností zastaveno.

Článek XVII

(K článku 24 Úmluvy)

V duchu této dohody se za justiční orgány považují:

- a) za Rakouskou republiku: soudy, státní zastupitelství a spolkové ministerstvo spravedlnosti;
- b) za Českou republiku: soudy, státní zastupitelství a ministerstvo spravedlnosti.

Článek XVIII

(K článku 29 Úmluvy)

Vypoví-li jeden ze smluvních států Úmluvu, pak nabyde vypovězení Úmluvy účinnosti ve vztahu mezi Rakouskou republikou a Českou republikou dva roky po doručení oznámení o vypovězení Úmluvy generálnímu tajemníkovi Rady Evropy.

Článek XIX

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny v Praze.

(2) Smlouva vstoupí v platnost prvního dne třetího měsíce následujícího po měsíci, ve kterém byly vyměněny ratifikační listiny.

(3) Smlouva zůstává v platnosti na dobu neurčitou, pokud jeden ze smluvních států smlouvu písemně diplomatickou cestou nevypoví; v tomto případě pozbývá smlouva platnosti rok po vypovězení, nejpozději však k termínu, ke kterému pozbyde platnosti Evropská úmluva o právní pomoci ve věcech trestních mezi smluvními státy této smlouvy. Na důkaz toho zmocnění obou smluvních států tuto smlouvu podepsali a opatřili ji pečeti.

Dáno ve Vídni, dne 27. června 1994 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za Rakouskou republiku:

Nikolaus Michalek

Za Českou republiku:

Jiří Novák

VORBLATT

Problem:

Das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 sieht in Artikel 26 Absatz 3 vor, daß die Vertragsparteien Vereinbarungen zur Ergänzung dieses Übereinkommens oder zur Erleichterung der Anwendung der darin enthaltenen Grundsätze schließen können. Im Verhältnis zwischen Nachbarstaaten erweist sich das Übereinkommen oft als unnötig formalistisch und schwerfällig. Sein Anwendungsbereich ist auf Rechtshilfe für strafbare Handlungen beschränkt, die in beiden Vertragsstaaten gerichtlich strafbar sind. Zustellungen im Postwege sind ausgeschlossen. Weiters regelt das Übereinkommen nicht, wie die Strafverfolgung wegen strafbarer Handlungen gegen fremdes Vermögen übernommen werden kann, wenn die strafbare Handlung, wie etwa in der Tschechischen Republik möglich, nur in die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde fällt.

Ziel:

Wesentliches Ziel des Zusatzvertrages ist die Vereinfachung des Rechtshilfeverkehrs. Die Rechtshilfe wird auch auf strafbare Handlungen ausgedehnt, die in einem der beiden Vertragsstaaten in die Zuständigkeit des Gerichtes und im anderen Vertragsstaat in die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde fallen. Die Übertragung der Strafverfolgung hinsichtlich jener Vermögensdelikte, die im ersuchten Staat in die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde fallen, soll ermöglicht werden.

Inhalt:

Der Rechtshilfeverkehr wird im beschriebenen Umfang ausgedehnt. Der unmittelbare Verkehr zwischen den österreichischen Gerichten und Staatsanwaltschaften einerseits und den tschechischen Gerichten und Staatsanwaltschaften andererseits wird eingeführt. Auch Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung werden unmittelbar zwischen den Staatsanwaltschaften gestellt. Die Zustellung von Schriftstücken kann im Wege der Post erfolgen. Die Ausfolgung von Gegenständen an den Geschädigten wird erleichtert.

Alternativen:

Keine

Kosten:

Keine.

EU-Konformität:

Als bilateraler Vertrag mit einem Nicht-EU-Staat auf einem nicht durch EU-Recht geregelten Sachgebiet ist der Vertrag mit EU-Recht vereinbar.

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil

Der vorliegende Zusatzvertrag mit der Tschechischen Republik zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen ist zum Teil gesetzändernd und zum Teil Gesetzesergänzend; er bedarf daher der Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Absatz 1 B-VG. Der Vertrag enthält keine verfassungsändernden oder verfassungsergänzenden Bestimmungen. Er ist im innerstaatlichen Rechtsbereich unmittelbar anwendbar, die Erlassung von Gesetzen gemäß Artikel 50 Absatz 2 B-VG ist daher nicht erforderlich. Eine Zustimmung des Bundesrats gemäß Artikel 50, Absatz 1, zweiter Satz, B-VG ist nicht erforderlich, da keine Angelegenheiten, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, geregelt werden.

Das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 wurde von der Tschechoslowakischen Föderativen Republik am 15. April 1992 ratifiziert (BGBl. Nr. 262/1992). Auf Grund der von der Tschechischen Regierung gegenüber dem Europarat abgegebenen Kontinuitätsklärung ist das gegenständliche Übereinkommen im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik seit 1. Jänner 1993 in Kraft (BGBl. Nr. 178/1993). Der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik für die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. November 1982, BGBl. Nr. 381/1985, ist zufolge der Bestimmungen des Artikels 26 des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen weitgehend außer Kraft getreten. Es ist daher zweckmäßig, von der im Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vorgesehenen Möglichkeit des Abschlusses eines bilateralen Zusatzvertrages mit der Tschechischen Republik Gebrauch zu machen, wie dies bereits mit Deutschland, der Schweiz, Liechtenstein, Frankreich, Italien und Ungarn geschehen ist.

Durch den vorliegenden Zusatzvertrag, der sich weitgehend an den bereits bewährten Regelungen mit Deutschland und der Schweiz orientiert, wird den besonderen Erfordernissen des Rechtshilfeverkehrs zwischen Nachbarstaaten entsprochen und vor allem den seit der Öffnung der Grenzen im Jahre 1989 enorm angestiegenen Bedürfnissen einer engen Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik auf strafrechtlichem Gebiet Rechnung getragen.

Die Tschechische Republik hat informell mitgeteilt, daß sie in absehbarer Zukunft das Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 17. März 1978, BGBl. Nr. 296/1983, nicht ratifizieren wird. Die mit diesem Zusatzprotokoll eingeführten Bestimmungen hinsichtlich der Rechtshilfe auch bei fiskalischen strafbaren Handlungen wurden daher in diesem Zusatzvertrag eingearbeitet.

Nach diesem Zusatzvertrag wird die Rechtshilfe auch wegen strafbarer Handlungen zu leisten sein, die in einem Vertragsstaat in die Zuständigkeit eines Gerichtes und im anderen Vertragsstaat in die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde fallen. Die schon bisher bestehenden Regelungen betreffend die Übernahme der Strafverfolgung haben sich in der Praxis bewährt und werden daher weitgehend übernommen. Fällt eine strafbare Handlung gegen fremdes Vermögen nach dem Recht des ersuchenden Staates in die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde, so ist der ersuchende Staat verpflichtet, das Strafverfahren vor der Verwaltungsbehörde durchzuführen.

Grundsätzlich stellt die generelle Möglichkeit des unmittelbaren Behördenverkehrs zwischen den Staatsanwaltschaften und den Gerichten beider Staaten eine wesentliche Erleichterung des Rechtshilfeverkehrs dar. Allgemein wird die Zustellung von Schriftstücken im Postwege eingeführt, wobei sich aus dem Zusatzvertrag jene Voraussetzungen ergeben, die die Gültigkeit der Zustellung im Postwege begründen.

Nach Expertengesprächen im Mai 1993 in Prag und Vertragsverhandlungen im November 1993 in Wien konnte Einigung über den Text des vorliegenden Zusatzvertrages zum Europäischen Überein-

kommen über die Rechtshilfe in Strafsachen erzielt werden. Der Vertrag wurde am 27. Juni 1994 in Wien unterzeichnet.

Die Ratifikation des Vertrages wird auf den Bundeshaushalt keine belastenden Auswirkungen haben.

II. Besonderer Teil

Zu Artikel I:

Nach dieser Bestimmung ist Rechtshilfe auch in Verfahren wegen strafbarer Handlungen zu leisten, die in einem der beiden Vertragsstaaten in die Zuständigkeit des Gerichtes und im anderen Vertragsstaat in die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde fallen. Hinsichtlich der Zustellung von Schriftstücken ist es nicht erforderlich, daß im ersuchten Staat eine Justiz- oder Verwaltungsbehörde zur Verfolgung zuständig wäre. Wegen dieses weiten Anwendungsbereiches wurde eine Klausel eingeführt, die es möglich macht, Rechtshilfe abzulehnen, wenn die zugrunde liegende Handlung keine oder nur unbedeutende Folgen nach sich gezogen hat oder die Rechtshilfe einen unverhältnismäßig hohen Aufwand nach sich ziehen würde. Dieser Ablehnungsgrund wird schon nach seinen Voraussetzungen nur in äußerst seltenen Ausnahmefällen zum Tragen kommen.

Zu Artikel II:

Das Übereinkommen wird auch in jenen Verfahren angewandt, die mit den Strafverfahren im unmittelbaren Zusammenhang stehen. Dies betrifft die Wiederaufnahme des Verfahrens, die Gnaden-sachen sowie die Verfahren über strafrechtliche Entschädigungsansprüche. Die Bestimmung orientiert sich an Artikel 3 des Zusatzprotokolls zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 17. März 1978 (BGBl. Nr. 296/1983).

Zu Artikel III:

Die Bestimmung ermöglicht die Rechtshilfe auch wegen fiskalischer strafbarer Handlungen, wie sie auch in Artikel 1 des Zusatzprotokolls zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vorgesehen ist. Die in Absatz 2 vorgesehenen Geheimhaltungspflichten entsprechen der österreichischen Erklärung zu Artikel 1 des genannten Zusatzprotokolls.

Zu Artikel IV:

Diese Bestimmung regelt die Ausfolgung von Gegenständen und anderer Vermögenswerte zum Zwecke der Aushändigung an den Geschädigten oder zu anderen gerichtlichen Verfügungen im ersuchenden Staat. Durch den Begriff „Vermögenswerte“ soll klargestellt werden, daß auch die Übermittlung von Bankguthaben oder Sparbüchern möglich ist, wenn diese aus strafbaren Handlungen herrühren oder durch strafbare Handlungen erlangt worden sind. Die Rechte des ersuchten Staates auf Einziehung oder Verfall (Absatz 1 lit. b) oder die Rechte dritter Personen (Absatz 1 lit. c) bleiben unberührt und schließen eine Übermittlung der Gegenstände aus. Gleiches gilt, wenn die Gegenstände im ersuchten Staat noch als Beweisstücke bei einem Gericht oder bei einer Verwaltungsbehörde benötigt werden (Absatz 1 lit. a). Die Rückstellung von Gegenständen an den Geschädigten soll einfach vor sich gehen, weshalb eine richterliche Anordnung auf Sicherstellung nicht erforderlich ist. Es genügt in der Regel ein Ersuchen der zuständigen Justizbehörde. Sachliche Haftungen nach dem Zoll- und Steuerrecht hindern die Rückgabe nur, wenn der Geschädigte selbst Abgabenschuldner ist (Absatz 3).

Zu Artikel V:

Sowohl in Artikel 4 des Übereinkommens als auch in § 59 ARHG ist die Möglichkeit vorgesehen, daß Behördenvertreter und andere Prozeßbeteiligte an den Rechtshilfehandlungen teilnehmen können. Ihnen steht das Recht zu, Fragen oder die Durchführung ergänzender Handlungen anzuregen. Die Zustimmung zur Dienstverrichtung der Behördenvertreter erteilt in der Republik Österreich der Bundesminister für Justiz und in der Tschechischen Republik vor Anklageerhebung der Oberste Staatsanwalt und nach Anklageerhebung der Justizminister (Absatz 2).

Zu Artikel VI:

Sicherstellungen von Gegenständen und Durchsuchungen stellen Eingriffe in die Grundrechte dar. Rechtshilfe in diesen Fällen wird daher nur geleistet, wenn zum Zeitpunkt des Ersuchens für die zugrunde liegenden strafbaren Handlungen im ersuchten Staat eine Justizbehörde zuständig wäre. Es gilt daher in diesem Bereich abweichend zu Artikel I der Grundsatz der beiderseitigen gerichtlichen Strafbarkeit.

Zu Artikel VII:

Der ersuchte Staat kann auf die Rückgabe von Beweisstücken und Schriftstücken verzichten. Dadurch sollen aber die Rechte Dritter nicht beeinträchtigt werden, weshalb ein solcher Verzicht unzulässig ist, wenn Dritte, die Rechte an den Beweisstücken oder Schriftstücken geltend gemacht haben, dem Verzicht nicht zustimmen.

Zu Artikel VIII:

Im Fall der Ladung eines Zeugen oder Sachverständigen ist stets die annähernde Höhe der Entschädigung sowie der Reise- und Aufenthaltskosten anzugeben. Um die Gewährung eines Vorschusses kann neben der ersuchenden Behörde auch der geladene Zeuge oder Sachverständige ersuchen.

Zu Artikel IX:

In Ergänzung zu Artikel 11 des Übereinkommens, der die Möglichkeit der Überstellung eines Häftlings aus dem ersuchten in den ersuchenden Staat vorsieht, ermöglicht diese Bestimmung die Überstellung einer im ersuchenden Staat in Haft befindlichen Person in den ersuchten Staat. Dies kann etwa bei Rechtshilfeersuchen um Gegenüberstellung von Beteiligten oder Durchführung von Lokalaugenscheinen erforderlich werden. Auch ist die Möglichkeit der Durchbeförderung von Häftlingen an einen dritten Staat vorgesehen (Absatz 2).

Zu Artikel X:

Diese Bestimmung ermöglicht es den Polizeibehörden des ersuchenden Staates zum Zwecke der Strafrechtspflege Auskünfte aus dem Strafregister in jenem Umfang zu erteilen, wie sie von der eigenen Polizeibehörden in ähnlichen Fällen erlangt werden können.

Die Übermittlung von Strafregisterauskünften zu anderen Zwecken als jenen der Strafrechtspflege, etwa in Staatsbürgerschaftsangelegenheiten oder zur Erlangung von Gewerbeberechtigungen, findet im gleichen Umfang wie bei den eigenen Behörden in ähnlichen Fällen statt (Absatz 2).

Zu Artikel XI:

Diese Bestimmung ergänzt Artikel 14 des Übereinkommens hinsichtlich der den Rechtshilfeersuchen anzuschließenden Unterlagen. Wesentlich ist, daß einem Ersuchen um Durchsuchung oder Sicherstellung von Beweisstücken oder Schriftstücken eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift der richterlichen Anordnung beigelegt werden muß. Kann eine solche richterliche Anordnung nicht beigelegt werden, weil etwa in diesem Verfahrensstadium nach dem Recht des ersuchenden Staates gerichtliche Entscheidungen noch nicht erlangt werden können, so genügt die Erklärung der zuständigen Justizbehörde, daß die für diese Maßnahme erforderlichen Voraussetzungen nach dem Recht des ersuchenden Staates vorliegen.

Zu Artikel XII:

Als Geschäftsweg ist grundsätzlich der unmittelbare Verkehr zwischen den Justizbehörden der beiden Vertragsstaaten vorgesehen. Die Gerichte und Staatsanwaltschaften der Republik Österreich und der Tschechischen Republik können daher unmittelbar miteinander verkehren. Dadurch wird aber der Geschäftsweg zwischen den Justizzentralstellen nicht ausgeschlossen. Nach tschechischem Recht ist als Justizzentralstelle im Rechtshilfeverkehr der Justizminister zuständig, wenn im ersuchenden Staat bereits Anklage erhoben worden ist, in allen übrigen Fällen besteht eine Zuständigkeit der Obersten Staatsanwaltschaft der Tschechischen Republik.

Ersuchen um Vornahme von Durchsuchungen und Sicherstellungen, um Übermittlung von Gegenständen und um Überstellung und Durchbeförderung von Häftlingen werden immer im Wege der Justizzentralstellen übermittelt. In dringenden Fällen ist aber auch der unmittelbare Behördenverkehr zulässig, wobei eine Abschrift dieses Ersuchens auch im Wege der Justizzentralstellen übermittelt wird.

Für die Teilnahme ausländischer Behördenvertreter an begehrten Rechtshilfehandlungen ist nach Artikel V Absatz 2 die Zustimmung des Justizministers der Republik Österreich oder des Justizministers oder des Obersten Staatsanwaltes der Tschechischen Republik erforderlich. Dies bedeutet aber nicht, daß solche Ersuchen im Wege der Justizzentralstellen übermittelt werden müssen. Da der unmittelbare Behördenverkehr auch in diesen Fällen zulässig ist, muß die befaßte Justizstelle des ersuchenden Staates selbst die Zustimmung ihres Justizministers oder ihres Obersten Staatsanwaltes einholen.

Die Zustellung von Schriftstücken ist unmittelbar durch die Post nach den für den Postverkehr geltenden Vorschriften möglich. Eine solche Zustellung gilt nach Absatz 3 als nicht bewirkt, wenn

die Zustellung nach dem Übereinkommen und diesen Vertrag unzulässig wäre. In beiden Vertragsstaaten gilt daher das Schriftstück dem Empfänger als nicht zugekommen.

Artikel XIII Absatz 4 sieht als weitere Zulässigkeitsvoraussetzung vor, daß in jedem Fall dem im Postwege zuzustellenden Schriftstück eine Übersetzung in die Sprache des ersuchten Staates anzuschließen ist. Fehlt eine solche Übersetzung, so gilt die Zustellung ebenfalls in beiden Staaten als nicht bewirkt. Lediglich bei der Zustellung von Schriftstücken im Postweg an eigene Staatsangehörige kann auf diese Übersetzung verzichtet werden. Wird ein Rückschein benötigt, so ist die Zustellung mittels internationalen Rückschein durchzuführen. Diesbezüglich ist auf Artikel 135 und 136 der Ausführungsvorschrift zum Weltpostvertrag vom 27. Juli 1984 hinzuweisen.

Für die Übermittlung von Auskünften aus dem Strafregister für Sicherheitsbehörden oder andere Behörden nach Artikel X ist der Geschäftsweg zwischen dem Bundesminister für Inneres der Republik Österreich und der Obersten Staatsanwaltschaft der Tschechischen Republik vorgesehen. In dringenden Fällen ist auch der unmittelbare Verkehr zwischen den Polizeibehörden und den zuständigen Strafregisterbehörden möglich.

Zu Artikel XIII:

Grundsätzlich werden Übersetzungen der Rechtshilfeersuchen und ihrer Beilagen nicht abgeschlossen.

Zuzustellenden Schriftstücken ist aber grundsätzlich eine Übersetzung in die Sprache des ersuchten Staates anzuschließen. Wurde diese Vorschrift nicht beachtet, so kann sich die ersuchte Justizbehörde darauf beschränken, die Zustellung an den Empfänger nur zu bewirken, wenn dieser zur Annahme des fremdsprachigen Schriftstückes bereit ist (Absatz 3).

Zu Artikel XIV:

Diese Bestimmung ergänzt Artikel 20 des Übereinkommens dahingehend, daß auch für weitere Fälle der Rechtshilfe eine Kostentragung durch den ersuchenden Staat vorgesehen wird.

Zu Artikel XV und XVI:

Diese Artikel betreffen die Ergänzung des Artikels 21 des Übereinkommens hinsichtlich der Übernahme der Strafverfolgung. Auch in diesen Fällen ist der unmittelbare Behördenverkehr zwischen den Staatsanwaltschaften zulässig.

Grundsätzlich wird auf Grund eines Ersuchens um Übernahme der Strafverfolgung von den zuständigen Justizbehörden des ersuchten Staates ein Strafverfahren in gleicher Weise eingeleitet und geführt, als wäre die strafbare Handlung im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates begangen worden.

Für strafbare Handlungen gegen fremdes Vermögen, die nach dem Recht des ersuchten Staates nur Verwaltungsübertretungen sind, sind Sonderregelungen geschaffen worden. Nach tschechischem Recht können auch diese strafbaren Handlungen verfolgt werden, wenn sie im Ausland begangen worden sind. Es gilt jedoch eine absolute Verjährung von einem Jahr. Die Behörden des ersuchten Staates werden in diesen Fällen das Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung den zuständigen Verwaltungsstrafbehörden übermitteln, die in gleicher Weise ein Verwaltungstrafverfahren durchführen werden. Dadurch wird sichergestellt, daß auch bei Eigentumsdelikten in Form von Ladendiebstählen mit geringer Schadenshöhe eine Übernahme der Strafverfolgung durch die Tschechische Republik stattfinden kann.

Wie in § 74 ARHG vorgesehen, soll ein Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung dann gestellt werden, wenn dies im Interesse der Wahrheitsfindung, aus anderen für das Strafverfahren wichtigen Gründen, aus Gründen der Strafzumessung oder des Strafvollzuges oder im Interesse der Resozialisierung geboten ist.

Bei der Beurteilung von Verkehrsstrafsachen sind die am Tatort geltenden Verkehrsregeln zugrunde zu legen. Diese Bestimmung wurde aus dem seinerzeitigen Rechtshilfevertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik übernommen.

Die Bestimmungen über das Verbot der Alkoholisierung im Straßenverkehr sind jedenfalls Verkehrsregeln. Die österreichischen Behörden sind bei der Beurteilung des Gesichtspunktes des § 81 Z 2 StGB an eine allfällige, in der Tschechischen Republik bestehende unwiderlegliche gesetzliche Vermutung der Fahruntüchtigkeit bei jeder Form der Alkoholisierung nicht gebunden, da diese Vermutung keine Verkehrsregel im Sinne des Artikels XVI ist. Der geltende strengere Sorgfaltsmaßstab fällt dem Täter erschwerend zur Last.

142 der Beilagen

15

Artikel XVI begründet eine „ne bis in idem“-Wirkung bei Entscheidungen auf Grund von Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung. Diese Bestimmung orientiert sich an § 65 Absatz 3 StGB. Ein Freispruch oder eine endgültige Einstellung im ersuchenden Staat entfaltet nur dann eine „ne bis in idem“-Wirkung, wenn dieser Freispruch oder diese Einstellung aus Beweisgründen erfolgt ist.

Zu Artikel XVII:

Artikel XVII stellt klar, welche Behörden in den Vertragsstaaten als Justizbehörden zu betrachten sind.

Zu Artikel XVIII und XIX:

Diese Artikel enthalten die üblichen Schlußbestimmungen.